



Die Stadt soll wirklich allen gehören

Ein Ansatz dem Begriff „Recht auf Stadt“ näher zu kommen – Teil 1

Als im Herbst 2009 der Ruf nach einem „Recht auf Stadt“ für Unruhe in Hamburg sorgte, klang er in vielen Ohren zunächst nur wie eine clevere Parole. Griffig, aber auch vage. Eine neue Hamburger Spezialität vielleicht, aber nicht mehr. Inzwischen hallt sie auch in Freiburg, Frankfurt, München, Düsseldorf und anderen Städten hierzulande wieder, im Juni zog sie 600, auch internationale Aktivist_innen zum Recht-auf-Stadt-Kongress an die Elbe. Was ist da in Bewegung gekommen? Warum wird nicht zum Beispiel das „Recht auf Arbeit“ gefordert? Wer fordert da eigentlich? Solche Fragen dürften wohl einigen durch den Kopf gehen.

Tatsächlich ist die Parole weder neu noch eine Hamburger Erfindung. Wird sie in Istanbul, Sao Paulo oder in der US-amerikanischen „Right to the City“-Bewegung schon seit einigen Jahren bewusst eingesetzt, schwingt sie in vielen anderen Städten der Welt zumindest mit, wenn dort gegen Wohnungsnot, Willkür-Politik und Unterdrückung ganzer städtischer Bevölkerungsgruppen protestiert wird. Denn der Kampf gegen die Zumutungen des neoliberalen Kapitalismus ist mehr und mehr ein Kampf von Stadtbewohner_innen, die diese Zumutungen nicht länger hinnehmen wollen. „Recht auf Stadt“, scheint es, wird zum gemeinsamen Nenner einer neuen weltweiten Protestbewegung.

Man könnte nun einwenden, dass die Menschen etwa in Caracas, Kairo oder Nairobi gewiss andere Probleme haben als die Menschen in westlichen Großstädten wie Hamburg. Die einen kämpfen dafür, dass in informellen Siedlungen an wuchernden Stadträndern überhaupt erst einmal menschenwürdige Lebensbedingungen durchgesetzt werden, dass sie als vollwertige Stadtbewohner_innen anerkannt und nicht von Bulldozern vertrieben werden. Verglichen damit scheinen die anderen in ihrem Kampf

gegen steigende Mieten doch eher ein Luxusproblem zu haben in Städten, die über eine moderne, funktionierende Infrastruktur verfügen.

Diese Beobachtung ist nicht falsch, aber sie geht doch nicht tief genug. Vielmehr müssen wir einen genaueren Blick darauf werfen, was Stadt heute eigentlich bedeutet – und warum sie, im globalen Süden und im globalen Norden gleichermaßen, in ihren jetzigen Formen zu einem ernsthaften Problem geworden ist.

Als der französische Philosoph und Stadttheoretiker Lefebvre Ende der 60er Jahre die vollständige Verstädterung als den Endpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung behauptete, war diese nur in einigen Ballungsräumen – New York, Paris, Tokio, das Ruhrgebiet – klar erkennbar. Heute, 40 Jahre später ist sie auch in Asien, Afrika und Lateinamerika Realität.

Entscheidend ist hierbei, dass wir es nicht mehr mit „Stadt“ im althergebrachten Sinne zu tun haben, sondern vielmehr mit einem städtischen Gewebe, das sich über ganze Landschaften legt: einem Raum, durch den sich Menschen, Güter und Informationen bewegen, der den alten Gegensatz zwischen Stadt und Land verschwimmen lässt.

Auf diesen Raum übt der neoliberale Kapitalismus einen enormen Druck aus. Im Süden, indem eine globale Agrarindustrie die Menschen vom Land in die Städte vertreibt, in denen sie nicht willkommen sind, wie etwa Mike Davis in seinem Buch „Planet der

Genau hier setzt die Idee eines „Rechts auf Stadt“ an.

Als Henri Lefebvre sie 1967 in seinem gleichnamigen Buch in groben Zügen skizzierte, meinte er damit nicht ein „Recht auf die Rückkehr in die traditionelle Stadt“ – sondern ein Recht auf die Verfü-



Recht auf Stadt Kongress-Gemälde

Slums“ beschreibt. Im Norden, indem er Städte in ein ruinöses Buhlen um globale Kapitalinteressen mittels „Aufwertung“ und Privatisierung treibt.

Während im Süden viele Stadtbewohner_innen von Anfang an prekär leben, werden sie im Norden aus vorher gesicherten Verhältnissen zunehmend in die Prekarität gedrückt. In beiden Fällen können die Menschen nicht über die weitere Entwicklung des städtischen Raums, in dem sie leben, entscheiden, sie sind im Großen und Ganzen dem Kräftespiel des Marktes überlassen.

gung der Bewohner_innen über das neue städtische Gewebe, das wächst und sich verdichtet. „Recht auf Stadt“ ist dabei nicht als ein Recht gemeint, das irgendwann in ein Gesetzbuch zu übernehmen wäre. Es ist eher ein Oberbegriff für eine Reihe von Forderungen, die alle Bewohner_innen haben oder erstreiten sollten: das Recht auf (bezahlbaren, menschenwürdigen) Wohnraum; das Recht auf die Straße als Raum, in dem sich alle ohne Konsumzwang, Auflagen und Unterdrückung bewegen dürfen; das Recht auf Differenz, auf ein Anders-Sein-Können ohne

Vorbedingungen; das Recht auf Aneignung dessen, was die Stadt produziert; und gerade auch das Recht auf Selbstverwaltung. Kürzer gesagt: Die Stadt soll allen, wirklich allen, gehören.

Betrachtet man diese Forderungen, werden meines Erachtens zwei Dinge klar: Erstens sind für die meisten Stadtbe-wohner_innen in aller Welt diese Rechte nicht eingelöst – im globalen Süden sicher

noch augenfälliger als im Norden. Zweitens laufen diese Rechte, würden sie eingelöst, auf eine andere, sozialere, gerechtere Gesellschaft hinaus als die, in der wir heute leben. Die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ zeigt sich so als eine weitere Bewegung gegen den neoliberalen Kapitalismus. Der Unterschied zu bisherigen Gegenbewegungen ist, dass sie die konkreten Orte, an denen die Menschen

leben und machtlos sind – die Städte von heute – als Bezugspunkt nimmt. Gewinnen wir diese Orte für uns, gewinnen wir die Freiheit, die wir heute nicht haben. nbo

Buchempfehlung: „Initiativen für ein Recht auf Stadt“, hrsg. von Andrej Holm und Dirk Gebhardt, VSA, Hamburg 2011

werden kann. Schilder, die Platzverweise, Illegalisierung und Sexarbeit thematisierten, blitzten immer wieder in der (tanzenden) Menge auf.

Die Kundgebung schuf einen Raum, in dem unterschiedlichste Menschen sich, anders als sonst, frei auf dem Platz bewegen und auch die schnell installierten Sitzgelegenheiten, welche wohl nur aus Versehen bei der großen „Renovierung“ des Hansaplatzes vergessen wurden, nutzen konnten.

Die „Hansaplatz-Initiative“ wollte auch Spaß. Sie meldete kurzerhand eine Gegenkundgebung, ach nein, „ein gemütliches Grillen unter Anwohner_innen“ im Sacko an. Durch die räumliche und inhaltliche Distanz zu der Kundgebung und ihren Inhalten ist ihre Integration allerdings fehlgeschlagen.

Der Versuch, Menschen die von Ihnen als „Ausländer“ wahrgenommen werden, als dreckig und Sexarbeit als kriminell und gefährlich für die zugezogenen Familien mit Kindern zu stigmatisieren, erinnert eher an eine mittelalterliche Hetzkampagne als an einen Stadtteildiskurs, der alle Interessen wahren soll.

Nach dem Kundgebungswochenende hagelte es weiter Platzverweise, was auch „Bild“ am 13.07.11 verkündete und weiter propagierte dass „Hurerei und Zwangsprostitution“ abgeschafft und „St. Georg von Kriminalität und Gewalt befreit“ werden müsse.

Mit diesem Stigma und der Angstmacherei geht die Verfolgung weiter. Sie wird wohl schlimmer werden, wenn nicht endlich eingesehen wird, dass St. Georg ein Bahnhofsviertel ist und bleibt, das die verschiedensten Facetten beinhaltet und in dem jeder Mensch ein „Recht auf Straße“ hat, nicht nur die, die sich eine Stadt kaufen können.

Bündnis „Recht auf Straße“

Recht auf Straße

Solidarität mit den Sexarbeiter_innen in St. Georg

Das Bündnis „Recht auf Straße“ bezieht sich darauf, dass in St. Georg über verschiedene Arten von Repression den Menschen, die der Sexarbeit nachgehen, das Leben schwer und die Arbeit fast unmöglich gemacht wird. Vorgegangen wird mit Platzverweisen, Aufenthaltsverboten und Bußgeldern. Beurteilung des Anscheinsverdachts und Höhe von Bußgeldern werden dem Ermessen der einzelnen Beamt_innen überlassen.

Der in St. Georg seit ca. 200 Jahren ansässige Straßenstrich soll verschwinden, um eine Aufwertung des Bezirks durch die Vertreibung von Menschen, welche nicht in das Bild „saubere Stadt“ passen, voran zutreiben. Ungeachtet dessen, dass sich in St. Georg die sozialen Einrichtungen und Netze, die Infrastruktur der Arbeiter_innen befinden, welche einen hohen Sicherheitsfaktor darstellen und eine weitestgehende Selbstständigkeit der Arbeiter_innen ermöglichen.

Im Rahmen der politischen Auseinandersetzung wurde auch die dort ebenfalls ansässige offene Drogenszene und der hohe Anteil an Sexarbeiter_innen mit migrantischem Hintergrund mit den Forderungen nach einem Bleiberecht für Alle, oder die kontrollierte Legalisierung von Drogen als Teil der Aktion „Recht auf Straße“ thematisiert.

Die Hansestadt reagierte bisher, indem sie St. Georg einfach zum Sperr- und Gefahrengebiet erklärte, wodurch Prostitution verboten wird, Grundrechte außer Kraft gesetzt und der Polizei fast

unbegrenzte Handlungsfreiheit gegeben werden, Menschen zu schikanieren. Davon betroffen sind Personen, welche sich weiblich definieren und kleiden, oder nicht als deutsch wahrgenommen werden, der Drogenszenen zugeordnet werden oder einfach nur nicht in das Bild des hippen Stadtteils passen.

Am 09.07. trafen sich auf dem frisch renovierten Hansaplatz die verschiedensten Menschen, um im Rahmen einer Kundgebung ihren Protest gegen die von der Stadt angestrebte Verdrängungspolitik der Straßenprostitution, der Drogenkonsumtion und Allem, was der Aufwertung des Stadtteiles entgegensteht, auszudrücken. Die Kundgebung wurde durch das linke feministische Bündnis unter dem Motto „**Recht auf Straße**“ organisiert.

Über den Tag kamen bis zu 500 Personen auf den Hansaplatz zur Kundgebung. Die Veranstaltung wurde mit Musik und Redebeiträgen zu Prostitution, Feminismus, Stadt, Menschenhandel und Beiträgen von Betroffenen und Anwohner_innen gefüllt und lebte

nicht zuletzt von den Menschen, die bei Sonne und Regen frei auf dem Platz tanzten und das ohne Angst vor staatlichen Maßnahmen haben zu müssen. Es gab mehrere Pavillons, in denen Softgetränke, vegane Burger, Kaffee und Informationen zur Sexarbeit und Situation in St.Georg bereitgestellt wurden. Eine mobile Freebox mit vielen Klamotten und Accessoires und Schminkmöglichkeiten luden zum „aufhübschen“ ein.

Das Statik einer Kundgebung verlor sich bei Aktionen, die zum Mitmachen animierten. Mit überdimensionalen Händen wurde provokativ gewun-



ken als Anspielung darauf, dass einfaches Winken bereits als „Annäherungsversuch“, als Ordnungswidrigkeit für einen Bußgeldbescheid ausgelegt

Wohnungsbau contra Naturschutz

Instrumentalisierung des Wohnungsbaus

Wenn Hamburger Politiker_innen sich gegen Kritik wehren, dass es in der Stadt zu wenig bezahlbaren Wohnraum und zu viele Leerstände gibt (allein 1,4 Mio qm Gewerbefläche sind unvermietet), dann leugnen sie gern die Missstände. Unter der Überschrift: „Wohnungsbaukoordinator: Hamburg hat keine Wohnungsnot“ fasste das Hamburger Abendblatt (HA) am 2.11.10 Auslassungen des vom CDU/GAL-Senat eingesetzten „Wohnungsbaukoordinators“ Michael Sachs (SPD) zusammen. Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt erklärte auch Jutta Blankau (SPD), „Hamburgs neue Bausenatorin: „Es gibt keine Wohnungsnot“, so die Morgenpost vom 31.3.11. Und noch am 14.4. hieß es dort: „Bausenatorin bleibt dabei: Wir haben keine Wohnungsnot“.

Ganz anders reden viele dieser Politiker_innen über das gleiche Thema, wenn es darum geht, obrigkeitsstaatliches Verwaltungshandeln gegen, aus ihrer Sicht störende, Einwände des Naturschutzes und gegen Bürgerinitiativen durchzusetzen. „Naturschutz blockiert Hamburgs Wohnungsbau“ oder „Wohnungsbau auch gegen Bürgerwillen“ lauten Überschriften von Kampagnen, die von Politikern, wie den Sozialdemokraten Sachs, Sevecke und Grote, initiiert und mit einseitiger Information gespeist werden.

Viele der Angaben erweisen sich schon bei erster Überprüfung als falsch. So enthielt die Artikelserie „Wohnungsbau auch gegen Bürgerwillen“ im HA am 22.3.11 eine Karte der 76 größeren Wohnungsbauvorhaben in Hamburg; nur drei von ihnen wurden durch Bürgerbegehren angefochten. Wertet man die Karte nach den darin enthaltenen Wohneinheiten weiter aus, so ergibt sich: von den zur Diskussion stehenden 21.114 Wohnungen sind nur 351, also lediglich 1,7%, von Bürgerbegehren betroffen. Die Karte widerlegt unmittelbar die Kernaussage.

Im Widerspruch zu den zitier-

ten Aussagen, wonach es keine Wohnungsnot in Hamburg gibt, wird in den Kampagnenartikeln eine Art Wohnungsnotstand suggeriert, der alle Mittel heiligt, insbesondere die Bekämpfung des Naturschutzes und der Bürgerbegehren in Hamburg. Damit sollen auch die Kritiker bei den Naturschutzverbänden, dem Zukunftsrat und bei vielen Bürgerinitiativen mundtot gemacht werden, die schon seit Jahren auf den einmalig hohen Grün- und Freiflächenverbrauch hinweisen und ein Umdenken fordern.

Einer der Haupt-Mitverantwortlichen für den immensen Flächenverbrauch des letzten Jahrzehnts ist Dr. Torsten Sevecke (SPD), vor seinem Wechsel in das Bezirksamt Eimsbüttel Koordinator für Flächenentwicklung der BSU, mit besonderer Anbindung an das Immobilienmanagement der CDU-geführten Finanzbehörde. Eine Art Nachfolger Seveckes wurde im Frühjahr 2010 Michael Sachs (ebenfalls SPD). Es war ein geschickter PR-Schachzug des Senats, den Flächenbeschaffer nun „Wohnungsbaukoordinator“ zu nennen. Und dieser erklärte denn auch in einer ersten Pressemitteilung am

7.4.10, er freue sich sehr, das „große Potential an Flächen für den Wohnungsbau (...) zusammen mit der Wohnungswirtschaft, den Bezirken und den Anliegern schneller für den Wohnungsbau nutzbar zu machen“.

Sachs macht seit Beginn seiner Amtszeit immer wieder – oft zusammen mit seinem „Vorgänger“ Sevecke – gezielt Stimmung gegen Bürgerbegehren. Bei der „Vorstellung des Wohnungsbaukoordinators im Stadtplanungsausschuss“ der Bezirksversammlung Eimsbüttel am 28.9.10 erklärte Sachs im Beisein Seveckes, dass er beabsichtige, mehrere anhängige Bürgerbegehren in Hamburg vom Senat evozieren zu lassen, um damit endlich Erfolg bei der Flächenbeschaffung vorweisen zu können.

Mit Hilfe des Kampagnenjournalismus, in dem die Fehlinformation verbreitet wird, Naturschutz und Bürgerbegehren, nicht aber die den sozialen Wohnungsbau vernachlässigende Wohnungspolitik des Senats sei für den Mangel an preiswertem Wohnraum in Hamburg verantwortlich, haben Sachs & Co. den Wohnungsbau zu einem „Totschlagargument“ aufgebaut, mit

dem jede Kritik an einer Zubetonierung ökologisch und städtebaulich wertvoller Freiflächen erstickt werden soll.

Es ist offensichtlich: der Wohnungsbau in Hamburg wird instrumentalisiert, um stadtplanerisch vernünftige Argumente wie Natur- und Denkmalschutz, sowie Bürgerinitiativen, die diese Prinzipien einer am Gemeinwohl orientierten Politik vertreten, zu verunglimpfen.

Von der Hamburger SPD wird der Wohnungsbau inzwischen dazu benutzt, die Eigenständigkeit der Bezirke einzuschränken und Bürgerentscheide unmöglich zu machen. Der am 4. Juli 2011 zwischen dem Senat und den Bezirken abgeschlossene „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau“, der eine „Senatskommission für Stadtentwicklung und Wohnungsbau“ als permanente Entscheidungsinstanz in allen strittigen Wohnungsbauprojekten einsetzt, bewirkt einen massiven Demokratieabbau in Hamburg und läuft in diesem Bereich auf die Einrichtung eines zentralistischen Obrigkeitsstaats hinaus.

Projektgruppe Stadtnatur
isebek-initiative.de

Kein Hebebrandquartier!

Der Bezirk Nord plant die Bebauung des Gebietes zwischen der U-Bahnstation Sengelmannstraße und S-Bahnstation Alte Wöhr (39 Hektar) mit bis zu 1.400 Wohnungen.

Weichen müssen mindestens 330 Kleingartenparzellen, ein Bauwagenplatz und 2 Wohnunterkünfte von Pflegen & Wohnen. Im Bauvorhaben sind auf 6 ha ca. 150 neue, kleinere Kleingärten vorgese-

hen. Diese Planungen sind sehr überraschend auf uns alle zugekommen und wir – das sind im Moment einige Kleingärtner_innen und Bauwagenbewohner_innen – wehren uns dagegen. Eine Absage

erteilen wir dem Beteiligungsverfahren zu einem bereits beschlossenen Projekt. Für die nächste Ausgabe ist ein ausführlicher Bericht geplant.

hbq hbq.blogsport.de

Vom Abriss der Alternativen

Ein Bericht der Initiative ESSO-Häuser

Hamburg, die Stadt am Wasser, das Tor zur Welt, von vielen liebevoll ihre Perle genannt und mitten im Zentrum das berühmt-berüchtigte St. Pauli, halb Wohngebiet, halb Tourismusattraktion. Dieses Viertel, das seinen besonderen Charme bisher seinem nach-affinen Gewerbe und höchst einmaligen Einwohnernmix verdankt, seiner Toleranz und Grenzwertigkeit, vollzieht jetzt eine erzwungene 180 Grad Wende zum seelenlosen Vergnügungsviertel. Zur Zeit zielen die Umgebung der Reeperbahn, nebst den Damen des einschlägigen Gewerbes vor allem Baustellen. Zudem prägen die Bulldoggen des Sicherheitsdienst auf dem privatisierten Spielbudenplatz, die nachts dafür sorgen dass der Konsumgenuss nicht durch den Anblick von Obdachlosen getrübt wird, das Bild. Doch zwischen den halb fertigen „Tanzenden Türmen“ und dem gut besuchten Tivoli trotzts ein 6190 qm großer Schandfleck, die Esso-Häuser, der Abriss-Tabularaza.

Tatsächlich beherbergt das Gebäude mit 110 Mieteinheiten und Gewerberiegel ein letztes Überbleibsel an bezahlbarem Wohnraum auf St. Pauli, sowie Kiezinstitutionen wie das Molotow, Planet Pauli und natürlich die Essotankstelle, dem „Dorfplatz von St. Pauli“. Dem wohlwollenden St. Pauli Visionär kann es aber nicht reichen die Fassade des nüchternen Nachkriegsbaus wieder zu richten und die Wohnungen instand zu setzen. St. Pauli verändert sich und das „deplazierte“ Gebäudeensemble muss weichen, ebenso wie die Obdachlosen auf dem Spielbudenplatz.

2009 geriet es endlich in Investorenhande. Die Bayerische Hausbau GmbH (BHG) nimmt sich dem architektonischen Elend an und geht ent-

schlossen gegen den allgemeinen Verfall auf St. Pauli vor. Die Stadt kann aufatmen.

Die BHG meint, sie habe sich da beim Kauf eben mal grob verschätzt, was den Zustand des Hauses betrifft. Ein Abriss sei nie geplant gewesen. Es gäbe jedoch keine Alternative. Der vom Vorbesitzer produzierte Instandhaltungstau geht nun auf Kosten der Mieter_innen, die mit einem Abrisszenerario zahlen.

Soweit der Stand der Dinge, bis die Initiative-Esso-Häuser



auf einer Pressekonferenz im Juni zwei Expertisen verlas, aus denen hervorging, dass eine Sanierung im Bestand möglich ist, wenn gewollt. Nachdem die konstruierten Sachzwänge so widerlegt werden konnten, hat sich der Kampf um die Esso-Häuser bis heute in immer kurioserer Form zugespitzt. Besonders merkwürdig sind die fachmännischen Urteile seitens der zuständigen Politiker. „ahistorisch“ sei das Nachkriegsgebäude so Andy Grote (SPD). Sprich: unhistorisch, geschichtslos. Die Nachkriegszeit gab's also nicht, deswe-

gen hat ihre Architektur auch keinen Platz in dieser Stadt, aha. Markus Schreiber findet die Gebäude gar „profan“, also weltlich, unheilig, alltäglich. Das passt natürlich nicht in ein Rotlichtviertel oder stört ihn etwa das Gewöhnliche an dem Wohnhaus? Dies sind also die schlüssigen Argumente, mit denen Menschen aus ihren Häusern vertrieben werden sollen.

Die BHG will schließlich mehr Wohnraum schaffen und Platz für kiezaffines Gewerbe. Kiezaffin wie das vorhandene Gewerbe: Molotow, Planet Pauli, Kneipen, Sexshops, Autohotel und die Essotankstelle als „Marktplatz“? Nicht ganz, aber nachempfunden soll es sein, so die Versprechen.

Die ESSO-Häuser bieten dabei das, was von Politik und Verwaltung herbeigerufen wird: bezahlbaren Wohnraum mitten in Hamburg, bewohnt von einer heterogenen Mieter_innenstruktur, die in St. Pauli immer rarer wird. Sorry nein, keine Künstler, normale Menschen.

Im Bemühen die Rolle des Haifischinvestors abzuschütteln, wiederholt der Investor gegenüber der Presse mantra-artig, dass nichts beschlossen sei, dass alternative, innovative Lösungen im engen Kontakt mit der Initiative besprochen würden. Doch ist dies eine Farce. Die Initiative will keinen Abriss planen oder als Ideenpool für eine Neubebauung dienen. Der Vorschlag der Initiative, die Häuser zu erhalten und mit einer Nachverdichtung mit Sozialwohnungen in Richtung Kastanienallee, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, wurde von den Investoren abgeschmettert.

Politiker_innen argumentieren für den Abriss, da Sozialwohnungen entstanden.

Durch das Argument der angekündigten 30% Sozialwohnungen erhält die BHG ein soziales Image. Der Anteil an 70% freifinanzierten, davon zu einem Drittel Eigentumswohnungen, wird als bloßes Finanzierungsmittel für diese Sozialwohnungen, vollkommen verzerrt dargestellt. Der tatsächliche Effekt auf die umgebende Nachbarschaft und die Bedeutung des Verlustes der Wohnung und des Viertels in dem die Mieter_innen zu Hause sind, sind kein Thema!

Jede weitere Aufwertung von Wohnraum auf St. Pauli zieht die gesamte Nachbarschaft durch weiteres Steigern des Mietspiegels in Mitleidenschaft. Solche Investitionen zielen nicht auf die bisherigen Anwohner_innen des Stadtteils, mit seinem sehr hohen Anteil einkommensschwacher Haushalte. Soziale Durchmischung ist das Stichwort. Einkommensstarke Haushalte sollen den Stadtteil aufwerten, dies ist bereits zu Lasten der finanziell Schwächeren geschehen.

St. Pauli als Touristenmagnet mit weltberühmten Flair; das laute Nachtleben verlangt den Bewohner_innen des Stadtteils einiges ab. Zudem sind die vielfältigen Charaktere, die den Stadtteil über Jahrzehnte prägen und das Gewerbe, das was St. Pauli zu einem Touristenmagnet werden liessen. Es ist an der Zeit, dass die Politik dies erkennt. Jeder weitere genehmigte Abriss und jede weitere genehmigte Luxussanierung im Viertel entspricht einer Stadtplanung, welche sich nicht an den Belangen der Bewohner_innen, sondern an ausschließlich ökonomischen Interessen orientiert und damit nachhaltig gewachsene Strukturen zerstört.

Initiative ESSO-Häuser

Altona-Altstadt im Wandel

Ein selbstverwaltetes Zentrum für den Stadtteil

Altona braucht ein selbstverwaltetes Stadtteilzentrum. Die vorübergehende Aneignung des jahrelang leerstehenden Finanzamtes in der Großen Bergstraße im April war ein erster Schritt. Nun formiert sich eine neue Kampagne, um ein Stadtteilzentrum zu erkämpfen und damit der Politik der Aufwertung und Verdrängung vor Ort etwas entgegenzusetzen.

Altona ist im Wandel. Nicht nur mit der geplanten Ansiedlung von Ikea ist eine starke Veränderung festzustellen. Der Stadtteil ist verstärkt in den Fokus der Stadtentwicklung gerückt. Wichtiges Instrument für Bezirk und Stadt ist der „Zukunftsplan Altona“, der neben Verdichtung und Schaffung neuer „höherwertiger“ Wohnquartiere, neuer Gewerbe- und Büroflächen, eine „Anpassung“ von Grün- und Freiflächen an „gehobene Ansprüche“ beinhaltet. Konkrete Beispiele sind die Ansiedlung von Ikea, die Umgestaltung des Grünzug Altona, die Bebauung des Geländes des Fernbahnhofs, die Bebauung des nördlichen Elbufers und die Erweiterung der Verkehrsinfrastruktur.

Welche Konsequenzen die strategische Aufwertung für die jetzt dort lebenden Menschen haben soll, lässt sich in einem von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachten für Altona-Altstadt (Gewos GmbH) ablesen. In dem Gutachten wird die jetzige Sozial- und Bevölkerungsstruktur des Stadtteils als „problematisch“ bezeichnet: Die ökonomische Kraft der Einwohner_innen sei für eine „positive“ Entwicklung zu gering. Die Studie schlägt zur Lösung des Problems eine „Qualifizierung“ der Anwohnerschaft, einen Austausch durch den Zuzug von Familien mit höherer Kaufkraft vor. Das bedeutet nichts anderes, als dass Anwohner_innen mit niedrigem Einkommen aktiv verdrängt werden sollen. Von der „Aufwertung“ sind auch kleine Alltagsbedarfs-Läden betroffen, die zunehmend durch Ketten und Geschäfte für ein anderes Klientel verdrängt werden. Diese

Entwicklung bleibt nicht unwidersprochen.

Etlliche Anwohner_innen und Aktivist_innen haben gemeinsam eine Kampagne gestartet, um ein selbstverwaltetes Stadtteilzentrum durchzusetzen. Mit dem Zentrum soll, so die Initiative, ein Kontrapunkt gegen steigende Mieten, gegen Verdrängung, gegen die „Aufwertung“ der „Immobilien-Verwertungs-Koalition“ von Stadt und Unternehmen, gesetzt werden. Es soll Raum für Stadtplanung „von unten“ entstehen. Gleichzeitig „soll ein nicht-kommerzieller und gesellschaftskritischer Ort des Austausches und der Möglichkeiten für alle Anwohner_innen hergestellt werden – unabhängig von der Größe ihres Geldbeutels“, so ein Aktivist.

Für mediale Aufmerksamkeit sorgte Mitte April ein Schild im Stil der städtischen Marketing GmbH. Neben Flugblättern und Plakaten kündigte es, an einem leerstehenden Gebäude in der Bahrenfelder Straße, die Entstehung eines selbstverwalteten Stadtteilzentrums zum 1. Mai an. Viele Stadtteilinitiativen solidarisierten sich und untermauerten den Bedarf nach einem solchen Ort.

Anwohner_innen und Aktivist_innen nahmen sich am 23.4. ihr „Recht auf Stadt“ und bezogen das ehemalige Altonaer Finanzamt in der Großen Bergstraße. Die Polizei räumte das städtische Ge-

bäude jedoch am gleichen Abend. Nach Aussage des Senats soll es auch in den nächsten Jahren ungenutzt bleiben. Die Initiative geht davon aus, dass das Gebäude von der Stadt als Spekulationsobjekt missbraucht wird.

Eine Bewegung seitens des Senats ist seitdem nicht zu erkennen. Im Gegenteil wurde Strafantrag gegen die Besetzer_innen gestellt und damit der legitime Protest der An-

gehen, nicht gegen die, die sich aktiv einer völlig fehlgeleitete Politik entgegenstellen. Die Initiative fordert eine sofortige Einstellung sämtlicher laufender Verfahren in Bezug auf die Besetzung des Finanzamtes.

Am 28.7. lud die Initiative erstmals alle Anwohner_innen zu einem großen öffentlichen Treffen ein. Über 70 Menschen kamen und diskutierten gemeinsam, welche Wünsche und Ideen es im Stadtteil für so einen Ort gibt, und wie sich dieses Begehren durchsetzen lässt.

Die rege Teilnahme am Treffen



wohner_innen kriminalisiert. Die Initiative hält es für skandalös, dass bei der aktuellen Wohnungsnot, dem akutem Bedarf an Freiflächen, dem dringenden Bedarf an selbstbestimmten Raum zum Planen, ein Leerstand von über 1,4 Millionen Quadratmetern (vieles davon im städtischen Besitz) geduldet, eine sinnvolle Nutzung von der Stadt aber massiv verhindert wird.

Elementar ist es, ihrer Meinung nach, gegen die Verursacher von Leerstand vorzu-

hat gezeigt, dass es einen starken Bedürfnis nach einem selbstverwalteten Stadtteilzentrum in Altona gibt. Es wurde auch deutlich, dass die Kampagne mit der Räumung des ehemaligen Finanzamtes nicht vorbei ist, sondern dies erst der Startschuss war.

„Hiermit ist es nicht vorbei“ skandierten damals die Besetzer_innen bei der Räumung. Anscheinend haben sie recht behalten.

MT

Über den Sinn, soziale Fragen zu stellen

Die Mieter_innen-Proteste gegen die GAGFAH

Ob die Forderung nach einem „Recht auf Stadt“ in der Lage ist, die darin enthaltenen sozialen Fragen so zu stellen, dass daraus eine soziale Bewegung entsteht, bleibt sowohl abzuwarten wie auch zu erkämpfen. Über diese Frage wurde auf dem „Recht auf Stadt“-Kongress im Rahmen eines vom AKU Wilhelmsburg organisierten Workshops zu „wenig beachteten Konflikten“ diskutiert.

Das Thema „Kämpfe um Wohnraum – Im Spannungsfeld von Armutsverhältnissen und Aufwertung“ war auch von dem Wunsch motiviert, für die Erweiterung politischer Themen und selbstreflexiver Auseinandersetzungen in der Bezugnahme auf ein „Recht auf Stadt“ zu sprechen. Ein weiteres Anliegen war es, die Reflexionen zu Strategien, Umgang und Themensetzung im Rahmen der Mieter_innen-Proteste im Wilhelmsburger Bahnhofsviertel gegen das Wohnungsbaunternehmen GAGFAH mit weiteren Aktivist_innen in diesem Workshop zu diskutieren.

Die Resonanz auf den Workshop war sehr gut. Es wurde viel über Möglichkeiten des Zugehens auf Nachbar_innen, auf die Setzung der eigenen Bezüge auch in Kämpfen, von denen wir zunächst nicht direkt betroffen sind, gesprochen. Dabei ging es auch um Sensibilität in Bezug auf paternalistisches Handeln und Vereinnahmung, um Transparenz mit den eigenen Positionen, aber auch um die Frage von Praxen der Abgrenzungen, die eine solidarische Bezugnahme und Mitverantwortung verhindern.

Für uns, die wir weiterhin fragend und suchend nach sinnvollen Wegen in den Mieter_innen-Protesten schauen, werden diese Reflexionen noch ein Weilchen Thema sein. Die momentane Sommerpause haben wir dafür genutzt und wollten zumindest eine kurze Chronologie der Proteste zur Verfügung stellen.

An jedem einzelnen Punkt hängt ein Rattenschwanz von Überlegungen, die hier wohl nur zwischen den Zeilen sichtbar werden.

Gerade die Bewertungen der Presseresonanz, der Frage danach, wie es gelungen ist, in welche Diskurse zu intervenieren und diese ein Stück zu verschieben, stehen als spannend aus. Immerhin sah sich die Stadt genötigt, für kurze Zeit eine Beschwerdestelle im Viertel einzurichten. Dass diese von wenig Erfolg gekrönt war liegt nahe, doch war das eindeutig eine Reaktion auf die vielfältigen Forderungen und politischen Interventionen.

Welche Effekte die Proteste auf ganz konkreter materieller Ebene haben, muss in der nächsten Zeit erfragt werden. Zumindest für den Bundesdurchschnitt hat die GAGFAH eine Erhöhung der Instandsetzungsgelder um etwa 80% zugesagt. Wie viel dann wo ankommt, bleibt abzuwarten.

Eine Chronik zur Übersicht der bisherigen Entwicklung:

Ausgangspunkt: Beschwerden seitens der Moschee-Gemeinde erreichen Verikom e.V. und die Pastorin für Verständigungsarbeit

Ende 2009 Mieter_innen-Versammlung mit Mieter helfen Mietern (MhM)

Vortreffen Verikom, Pastorin, MhM und AKU (AG Wohnen), die laden ein zu einer Diskus-



sionsrunde über Wohnen in Wilhelmsburg.

Veranstaltung „Hochglanz und Schimmel“ im Bürgerhaus Wilhelmsburg: Verikom lädt IBA, GAGFAH, SAGA GWG, und Metin Hakverdi (MdHB, SPD) ein. Große Resonanz, aufschlussreiche bis peinliche Auftritte der Eingeladenen, der GAGFAH-Vertreter ist nach der Veranstaltung, in der er ankündigt, dass auch in Zukunft nicht mehr in die Wohnungen investiert werden wird, nicht mehr für das Unternehmen tätig. Viele GAGFAH-Mieter_innen sind anwesend, die ihre Wut deutlich machen. Die Veranstaltung hatte vor allem auf die Sichtbarkeit des Konflikts innerhalb Wilhelmsburgs große Effekte.

Die AG Wohnen verfasst den Wilhelmsburger Appell mit Forderungen bezüglich „Guten Wohnens für alle“.

Erster Gesprächstisch von uns im Viertel am 29.11, bei dem 150 Leute kommen (3 Tage vorher war die Heizung ausgefallen). Danach folgen weitere 4 solcher „Tische“. Dort entstand die Idee, den Protest vor die GAGFAH-Zentrale in Wandsbek zu bringen.

24. März: Kundgebung vor der GAGFAH-Zentrale in

Wandsbek. Anfahrt mit Reisebus vom Bahnhofsviertel aus mit fünfzig Mieter_innen. In Wandsbek: Zusammentreffen mit den Mieter_innen anderer Stadtteile (Steilshoop, Eidestedt, Barmbek).

7. April: 2. Mieter_innen-Versammlung von MhM

danach erneuter Gesprächstisch

Workshop mit AG Wohnen und Mieter_innen im Mai.

Daraus entsteht der Wunsch, eine Demo im Bahnhofsviertel selbst zu organisieren.

Bahnhofsviertel-Demo am 28. Mai 2011

RaS Kongress: Workshops: „Kämpfe um Wohnraum – Im Spannungsfeld von Armutsverhältnissen und Aufwertung“ zu den wenig beachteten Kämpfen und gemeinsam mit der *Esso-Ini*, *MhM*, der *RaS-AG*-Mieten den Workshop „Gemeinsam wären wir stärker! Erfahrungen mit Mobilisierungsansätzen in der Stadtteilarbeit“.

Nun ist Sommerpause und Zeit für Reflexion und weitere Planungen. *aku wilhelmsburg*

aku-wilhelmsburg.blog.de

de.indymedia.org/2011/05/308841.shtml

Der Hamburger Süden in Zeiten der IBA

Aufruf zur Nichtbeteiligung an einer städtischen Höhverwertungsstrategie

Die Stadtteile Wilhelmsburg und Veddel sind im Jahr 2013 Schauplatz der Internationalen Bauausstellung (IBA) und der Internationalen Gartenschau (igs). Was sich zunächst liest wie die zufällige Auswahl von Schauplätzen, stellt sich als von zwei privat agierenden städtischen GmbHs durchgeführte konzentrierte Form der Stadtentwicklung dar. Sie hat zum Ziel, die vormaligen „Schmuddelecken“ im Süden der Stadt attraktiv aufzubereiten und eine marktgängige Reformulierung dieser Gebiete vorzunehmen.



Urbane Pioniere bespielen Hamburgs Hinterhof ...

Neben der Imageveränderung und Höhverwertung des Gebiets liegt der Schwerpunkt der Bemühungen auf der Anwerbung von „erwünschter“ Klientel. In impliziter Abgrenzung zu der vorhandenen Bevölkerungsstruktur wird die Herstellung von „sozialer Mischung“ und die Rückkehr einer vornehmlich deutschen Mittelschicht in die Stadtteile propagiert. Was mit der erfolgreichen Subventionierung von studentischem Wohnen auf der Veddel und anschließend auch in Teilen des Wilhelmsburger Reiherstiegviertels begann, wird in den Entwürfen der IBA fortgeführt. Die Zielgruppe richtet sich mit hochpreisigen Wohnangeboten explizit an eine „neue urbane Mittelschicht“. „Soziale Mischung“ erweist sich hier einmal mehr als Metapher, die „positive“ Assoziationen von „funktionierenden“ Stadtvierteln wecken soll und die synonym für die Verdrängung „unrentabler“ Bevölkerungsgruppen steht.

Der Markt reagiert...

Folgen dieser Politik zeigen sich bereits heute, zwei Jahre vor dem Präsentationsjahr 2013. Durch die erfolgreiche Imagekampagne erscheint

Wilhelmsburg für Investoren als attraktiver Standort. Das Monitoring der IBA attestiert den Angebotsmieten in drei Jahren eine Steigerung von 21%. Neben privaten demonstrieren gerade die Vermieter_innen mit „sozialem Auftrag“, wie die SAGA-GWG und die Genossenschaften, dass sich die Mieten nun regelmäßig um das jeweils gesetzlich Mögliche erhöhen lassen. Die Kehrseite der Aufwertungen zeigt sich in den nicht von diesen Entwicklungen betroffenen Gebieten. Hier sind die Menschen in zunehmendem Maße Wohnsituationen ausgesetzt, die durch Vernachlässigung und Ignoranz der Vermieter_innen geprägt sind. Die Umstrukturierungen in Wilhelmsburg sind also gerade nicht an den Problemen ausgerichtet, mit denen Menschen dort konfrontiert sind, sondern beziehen sich aus der Perspektive städtischer Planungen auf das Image des Ortes und die Verdrängung der Bevölkerung, die als Hauptproblem des Gebiets identifiziert wird.

Ungeachtet dieser fundamentalen Kritik stehen die Umstrukturierungen in der Außenwahrnehmung in einem schönen Licht da. Teil der Strategie ist die Darstellung als nachhaltiges Projekt,

das an den Lebensbedingungen der Menschen ansetzt. „Beteiligung“ und Einbindung potentieller Kritik sind Mittel zum Erreichen dieses Eindrucks.

Dass Einbeziehung der Menschen grundsätzlich zu einer erfolgreichen Stadtentwicklung gehöre, nimmt in den Veröffentlichungen der IBA die Form eines Mantras an. Viele Beispiele zeugen jedoch eher von einer aufwändigen Akzeptanzbeschaffung. So werden im Rahmen von Festen und Befragungsaktionen zwar Wünsche für die Entwicklung des Stadtteils erhoben, allerdings ohne dass irgend eine Möglichkeit besteht Einfluss zu nehmen.

Und alle sollen mithelfen...

Während offizielle Beteiligungsgremien in ihrer sorgfältig ausgewählten Besetzung die Planungen wohlwollend zur Kenntnis nehmen und der Eindruck erzeugt wird, alles geschehe ganz nach Wunsch der Menschen im Viertel, ist gerade die IBA erfolgreich darin, kritische Positionen durch Einbindung untergehen zu lassen. Seit ihrem Bestehen wendet sich die Bauausstellung explizit an Künstler_innen, Wissenschaftler_innen und Aktivist_innen und bietet in großem Stil eine Teilnahme an. Die Darstellung von Kritik auf Festivals, Fachtagungen und in Veröffentlichungen ermöglicht es der IBA, sich das Image zu geben, offen und progressiv zu sein. Der IBA gelingt es dabei relativ gut, ihr tatsächliches Handeln unter dem selbsterzeugten Schutzmantel des Positiv-Images zu verbergen.

Uns erscheint die Vorstellung absurd, mittels temporärer Freiheitsgewinne, die mit einzelnen Projekten vielleicht erreicht werden können, die negativen Folgen einer Kooperation mit dieser Stadtentwicklung aufzuheben. Im Gegenteil bestärkt eine kritische Mitarbeit den Anspruch der IBA, Rahmung für alles Denken und Handeln zu sein. Durch diese Einbindung findet eine Enteignung genau des widerständigen Potentials statt, das wir der offiziellen Stadtentwicklung entgegen zu setzen haben. Von den Angesprochenen für Kunstfestivals, Beteiligungsgremien, Buchveröffentlichungen und Stadtteilveranstaltungen wünschen wir uns ein Verhalten, wie es die Künstler_innengruppe „Museo aero solar“ in ihrem offenen Brief beschreibt. Sie haben es nach der Beschäftigung mit der IBA und dem Stadtteil – analog zu der norderelbisch geführten Diskussion – auf den Punkt gebracht: „Not in our name, IBA Hamburg“. Auf Basis der „Recht auf Stadt“-Bewegung in Hamburg können wir die Enteignungen, die im Rahmen der IBA an uns herangetragen werden, selbstbewusst zurückweisen und die städtische GmbH kritisieren als das was sie ist: Eine Agentur zur Höhverwertung und Vermarktung von großen Gebieten dieser Stadt.

AKU Wilhelmsburg



igs 2013 in Wilhelmsburg

Das Unternehmen Hamburg im Blümchenkleid

Eine Gartenschau ist etwas Unverdächtiges. Schließlich kann das Pflanzen von ein paar Blümchen niemandem schaden. Würde man meinen, aber: Die zahlreichen Leistungsschauen der Garten- und Landschaftsgärtner_innen haben sich wiederholt als Gelegenheit erwiesen, große Mengen öffentlichen Geldes zu privatisieren. Wilhelmsburg weist dabei eine besondere Situation auf: Der Stadtteil hatte bislang ein schlechtes Image, Grundstücke gehören mehrheitlich der Stadt.

„Hamburg“ hat sich vom Gemeinwesen zum Unternehmen erklärt. Unternehmen leben davon dass sie etwas verkaufen. Im Falle des Unternehmens Hamburg: HEW, Krankenhäuser, Pflegeheime etc. und Grundstücke. Der städtische Grundbesitz in Wilhelmsburg war bislang nichts wert. Mit Wilhelmsburg assoziierte man Industrie, Altlasten, Hafen, Transitwege, Ausländer, Kriminalität und Kampfhunde. Welcher Investor würde der Stadt hier Land abkaufen?

Da müssten zunächst die realen Negativfaktoren wie Bodenverseuchungen, Gift-Fall-out von Hafen und Industrie, Lärm etc. abgebaut werden. Und der Bevölkerung müsste geholfen werden, Armut und soziale Defizite zu überwinden. Das aber würde kosten.

Nun gut, es muss ja nicht unbedingt das Produkt verbessert werden, wenn der Absatz nicht läuft. Auch intensive Werbung kann helfen und dafür hat die Stadt gleich zwei private Gesellschaften gegründet: Die IBA- und die Gartenschau-GmbH. Beide Gesellschaften produzieren sogar etwas: das neue Image der Elbinsel.

Wilhelmsburg ist „spannend“ geworden, Kreativität & Zukunft ohne Ende. Die SAGA/GWG und andere Vermieter (oft IBA-verpartnert) freut's, jetzt kann das Niedrig-Mietpreisgebiet in 20%-Schritten an den Mietenspiegel angepasst werden. Zum guten Image trägt die Gartenschau maßgeblich bei: Wohnen an einer „hochwertigen“ Grünanlage schafft Mehrwert.

2013 will die Gartenschau nicht nur Blumen zeigen (Eintritt 21, ermäßigt 17 Euro), darüber hinaus soll hier die Zukunft des öffentlichen Grüns entwickelt werden: Ein Volkspark des 21. Jahrhunderts soll entstehen. Bekanntermaßen sind die städtischen Kassen leer – zumindest für Zwecke der allgemeinen Daseinsvorsorge und besonders für die Pflege des öffentlichen Grüns. Also den Zaun um die Gartenschau nach 2013 stehenlassen und weiter Eintritt kassieren? Angeblich nein, aber was dann, wenn die öff. Haushaltsplanung kein Geld für die Parkpflege vorsieht?

Lösung: Den Park an Investoren verkaufen, die bauen dann Kletterhallen, Schwimmbäder, Trendsportstätten. Das Volk freut sich schon über die schönen neuen Angebote – über Zäune und Eintrittspreise wird aber noch nicht geredet. Der unverkäufliche Teil des Parks wird kostenminimiert: Bäume absägen! Die sind nämlich teuer: Wegesicherung, Baumpflege, Laubeseitigung kosten Geld; einmal abgesägt, hat sich das Problem erledigt. Ungefähr 5000fach geschieht dies derzeit für die Planungen der Neuen Mitte Wilhelmsburg von IBA und igs.

Weiterhin gilt: Grün raus, intensivnutzungsverträgliche versiegelte Flächen rein, denn die weitere Perspektive für das öffentliche Grün (bzw. Grau) ist die Vermietung für Events, oder die dauerhafte Anhandgabe an Gastronomie: Auf der Parkbank sitzen geht dann nur nach Kauf eines Getränks für 4 €. Grundsätzlich

sollen Freizeitbetätigungen nur noch kommerzialisiert denkbar sein.

Noch eine Anmerkung zur Gartenschau und Naturschutz. Das gesamte igs-Gelände war bislang öffentliche Parkanlage, Kleingartenfläche, kleinteils auch verwilderte Bahnbrache. Zahlreiche gesetzlich geschützte Biotopbereiche haben sich entwickelt, große Bereiche waren mit Pionier- und Sumpfwäldern bewachsen. Das Gebiet war von hoher Naturschutz-Wertigkeit und ermöglichte Anwohner_innen echte Naturbegegnungen.

Das Naturschutzrecht soll eigentlich dafür sorgen, Naturelemente und -Funktionen zu erhalten. Es geht z.B. darum, bedrohte Arten zu schützen, Regenwasser versickern zu lassen, Luftbelastungen durch Blätter von Bäumen und Büschen zu mindern, Sommerhitze abzumildern oder vor optischem Lärm zu schützen.

Solche Naturelemente stören allerdings die kommerzielle Verwertung. Bei Vernichtung von Natur muss grundsätzlich ein Ausgleich erfolgen, und der kostet Geld. So ist Kreativität gefordert. Flächendeckende Baumfällungen werden daher schon mal als ausgleichsfreie Bestandspflege bezeichnet. Oder die Ersatzbäume werden in ein altes Spülfeld gesteckt, oder die Pflanzung wird von der igs-GmbH auf die Zeit nach ihrer Selbstauflösung verschoben. Artenschutz wird u.a. so ausge-trickst, dass das Eingriffs-gelände in zahlreiche Einzelplanungen aufgeteilt wird. Jeder Einzeleingriff kann dann jeweils als geringfügig definiert

werden. Der Vogel kann ja fliegen, und wenn dieser kleine Platz verlorengeht, kann er noch nach nebenan. Leider wird nebenan mit derselben Argumentation betoniert.

Und so denaturalisiert die Gartenschau konsequent die 100 Hektar Land und bereitet sie für die finanzielle Wertschöpfung vor.

Der für die Überwindung des Naturschutzes verantwortliche Gartenschau-Chef Heiner Baumgarten ist übrigens Vorsitzender des Naturschutzverbandes BUND in Niedersachsen. jvp

*buergerdialoge.de
aku-wilhelmsburg.blog.de*

verstärker ...

... wird von Aktiven aus den Initiativen im Netzwerk Recht auf Stadt geschrieben und produziert. Die Redaktion ist eine offene AG im Netzwerk Recht auf Stadt.

Alle Artikel geben (nicht immer) nur die Meinung der Autor_innen wieder.

Die Zeitung wird kostenlos verteilt und erscheint ca. 3-monatlich. Wir sind darauf angewiesen, dass Viele beim Verteilen der Zeitung helfen.

Kontakt

verstaerker@rechtaufstadt.net
Centro Sociale c/o
Redaktions-AG Verstärker
Sternstraße 2
20357 Hamburg

Aktuelles

rechtaufstadt.net

V.i.S.d.P

Victoria Volkmann, Auf der Höhe 11, 21109 Hamburg

Hier gibt es die Verstärker

**Centro Sociale, Sternstraße 2
Buchladen im Schanzenviertel
Schulterblatt 55**

**Kolibri, Hein-Köllisch-Platz 1
Mieter helfen Mietern e.V.
Bartelsstraße 30**

**Infoladen Wilhelmsburg
Fährstraße**

Noch mehr informelle Zukunft

Warum einen Plan vermuten? - Stadtentwicklung in Altona

Am Abend des 7. September 2010 lief in der Louise Schröder Schule gerade die Auftaktveranstaltung für den Zukunftsplan Altona an, als sich ein gutes Dutzend Menschen von den Stühlen erhob und die Bühne enterte. Begleitet von Transparenten und Konfettiregen wurde eine Erklärung verlesen. Tage zuvor hatte das Altonaer Wochenblatt gewünscht, dass doch bitte die schweigende Mehrheit die Chance ergreifen, möge die Zukunft von Altona mitzubestimmen und dies nicht den organisierten Krakeelern zu überlassen. Die so Betitelten verteilten mit diesem neuen Ehrentitel unterschriebene Flugblätter, in denen sie eine grundsätzliche Kritik übten an der Stadtentwicklungspolitik und Mitmachangeboten der Art wie sie mit dem Zukunftsplan Altona verfolgt werden.

Was hatte die Organisierten Krakeeler_innen zu dieser Aktion getrieben? Der Zukunftsplan Altona, zunächst auch als Masterplan betitelt, wurde für das Gebiet zwischen Ottensen, Eimsbüttel und St. Pauli als Gebietsentwicklungsplan angelegt.

Beteiligung? Welche Beteiligung?

In der Presse wird der Zukunftsplan als neue Form der Bürgerbeteiligung dargestellt, mit dem auf eine Vielzahl an Protesten von Anwohner_innen reagiert werden soll. Auch wenn es beabsichtigter Nebeneffekt sein sollte den zunehmenden Unmut in Altona zu befrieden, liest sich die Zielvorgabe des Bezirks Altona doch ganz anders (s. Kasten). Tatsächlich gibt es ein begleitendes Beteiligungsverfahren, dass sich als Ziel setzt Leitziele für mehr Altona zu formulieren. Dies kann jedoch getrost als Beruhigungsspiel bezeichnet werden – die reale Beteiligung der Bevölkerung fällt auch recht mager aus: In den vier derzeit bestehenden Arbeitsgruppen finden sich – neben den Professionellen – insgesamt unter 20 Anwohner_innen, das entspricht maximal einem Drittel der Beteiligten. Dort wird feste etwa an einer „Reduzierung des Durchgangsverkehrs“ oder einer „Anwohnerbeteiligung bei der Straßenraumgestaltung“ gearbeitet.

Zukunft? Wessen Zukunft?

Worum es ausdrücklich im Beteiligungsverfahren nicht geht, ist das politische Interesse zum Thema zu machen, das hinter diesem Plan steht.

Wenn im „Atlas Altona – Bestandsaufnahme zum Zukunftsplan Altona“ auf der Grundlage des Konzepts „Wachsende Stadt Hamburg“ als Ziel benannt wird, für Investor_innen „(...) Flächenreserven und Potential für weitere Entwicklung (...) zu ermitteln“, dann bedeutet das nichts anderes, als dass das Gebiet in

Dies ist auch den Verantwortlichen des Zukunftsplan bewusst. Der „*Druck auf den Wohnungsmarkt wird zunehmen*“, so steht es im Atlas. Der Bezirk stehe daher vor der Herausforderung „*Flächenvorsorge und weitere Segregation der Bevölkerung*“ gegeneinander abzuwägen. Es nutzt gar nichts mit abgewogenen Schö-

nungen möglich ist. Genau daher benötigt die Frage nach unserer Zukunft in Altona-Mitte auch eine Antwort auf der Straße und in den Häusern, in der Auseinandersetzung mit Eigentümer_innen und politisch Verantwortlichen. Die Mitmachangebote des Zukunftsplans sind der falsche Ort dafür.

Der **Zukunftsplan Altona** ist ein sog. *teilräumlicher Entwicklungsplan*. Als solcher hat er keinerlei rechtlich bindende Wirkung, sondern ist Teil informeller Stadtplanung. Die Verwaltung soll sich daran orientieren. Politische Grundlage des Plans ist der alte Koalitionsvertrag zwischen CDU-GAL Altona. Damit solle „*der Verwaltung ein Instrument in die Hand gegeben werden (um) Altonaer Kernbereiche (...) aufeinander abgestimmt (...) zukunftsicher zu befördern*“ sowie „*den Grundeigentümern aufgezeigt werden, welche Investitions- und Planungsvorhaben in den jeweiligen Arealen vorrangig zu realisieren sind.*“ (Quelle: Koalitionsvertrag von 2008). Im Beschluss der Bezirksversammlung Altona vom 23.04.09 wird der Auftrag näher ausgeführt. Ziele sollen u.a. Verdichtung sowie Qualifizierung öffentlicher Räume in Nutzung und Gestalt, besonders des Grünzugs an der Holstenstrasse „*in seiner Qualität als Altonaer Stadtpark*“ sein.

Wert gesetzt, also für potentielle Investitionen in Neubauten oder bestehende Immobilien attraktiv gemacht werden soll. Hierbei handelt es sich um eine angestrebte nachholende Entwicklung entsprechend der Viertel Ottensen oder Eimsbüttel. Im Gegensatz zu diesen wohnen im Planungsgebiet Menschen mit niedrigem Einkommen und viele Arbeitslose.

Was bei großangelegten Modernisierungsmaßnahmen am Ende herauskommt ist nicht nur aus den Entwicklungen der eben genannten Viertel allzugen bekannt. Hier wird eine Dynamik auf dem Wohnungsmarkt befördert, die das ganz große Umkrempeln zur Folge hat: ein Austausch der Bevölkerung in einem Ausmaß von 40-80% verdrängter ehemaliger Bewohner_innen.

nen Worten ein Spannungsfeld zu benennen wenn der Rahmen dieser Entwicklung nicht in Frage gestellt wird. Denn dann wird nicht für die hier Lebenden und deren Bedürfnisse geplant, sondern für zukünftig Erwünschte.

Eine Verschönerung unserer Viertel macht nur Sinn unter der Voraussetzung auch dort bleiben zu können. Was nützt uns eine Straßenraumgestaltung, wenn wir wegen erhöhter Miete wegziehen müssen? Vielmehr noch die verschönerte Strasse dazu beigetragen hat! Von den Machern des Zukunftsplans nicht benannte Voraussetzungen zum Bleiben wären zum Beispiel Maßnahmen zur Mietdeckelung. Sie benennen dies nicht, weil sie wissen, dass dies im Rahmen geltenden Rechts nur unter eingeschränkten Bedin-

Belebung? Welche Belebung?

Trotz der andauernden Beteuerung, mit dem Zukunftsplan werde auch für die Bestandsbevölkerung geplant, ist diese Absicht kritisch zu hinterfragen. Hinweise auf entsprechende stadtplanerische Denke finden sich an anderer Stelle bspw. wenn es um einen zentralen Bereich des Gebiets, nämlich das Sanierungsgebiet um die Große Bergstrasse (S5) geht.

Da wird als Ziel formuliert, Altona-Altstadt sozial zu stabilisieren. Und in den vorbereitenden Untersuchungen für das Sanierungsgebiet wird unverblümt die ungünstige sozioökonomische Struktur der zu vielen Armen genannt, die es zu korrigieren gelte, um dem Zentrum von Altona-

Altstadt zu mehr Kaufkraft zu verhelfen. Entsprechend wird im Atlas des Zukunftsplans als Ziel der Planungen im Sanierungsgebiet angegeben, Lösungen „zur „Belebung der Großen Bergstrasse und der umliegenden Gebiete“ zu entwickeln. Wer schon einmal einen Nachmittag in der Großen Bergstraße verbracht hat, weiß dass diese Strasse sehr belebt ist. Nur aus Sicht der Stadtplaner_innen und politisch Verantwortlichen eben falsch – weil proletarisch belebt.

Unsere Zukunft! Unsere Stadtteile!

Weil so deutlich ist, was bezweckt werden soll – Aufwertung unter Inkaufnahme des Austauschs der Bevölkerung - regt sich Widerstand. Schon im Dezember 2009 wurde sich über die zu erwartenden Folgen des Masterplans auf einer gut besuchten Stadtteilversammlung ausgetauscht. Eine organisierte Antwort auf den Fehdehandschuh, den uns Bezirk und Stadt hingeworfen haben, wird von verschiedenen Initiativen aus dem Bereich des Planungsgebiets gerade entwickelt.

Die Aktivist_innen, die die Auftaktveranstaltung so überraschend unterbrachen, sagten es schon laut und deutlich: Es gibt ein Recht auf Nein – wir wollen einen Planungsstopp, wir wollen uns gemeinsam mit unseren Nachbar_innen darüber klarwerden, welche Entwicklung hier passiert, für wessen Zukunft hier geplant wird und wie wir die zu erwartende Verdrängung verhindern können. Und wir wollen nicht mit Angeboten zur Erstellung von Leitzielen eingekullt werden, die nur die Altpapierablage der Amtsstuben füllen werden.

Sie sagten es deutlich: Euer Zukunftsplan heißt Verdrängung. **Nicht mit Uns – Wir bleiben Alle!**

*Altonaer Plattform
gegen Verdrängung*

Was geht im Gängeviertel?

Über aktuelle Zustände

Nachdem dem Gängeviertel durch Auseinanderbrechen des schwarz-grünen Senats der Verhandlungspartner abhanden gekommen war, ist es im letzten Winter sehr still geworden um die Zukunft des Quartiers. Die Politik war genug mit sich selbst beschäftigt. Mit der neuen SPD-Regierung wurden vor einigen Wochen die Verhandlungen wieder aufgenommen. Dieser Text soll einen Überblick über den Stand der Verhandlungen und die Perspektiven für die Zukunft bieten.

Im Frühjahr und Sommer letzten Jahres hatte die Initiative „Komm in die Gänge“ zusammen mit der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) ein „Integriertes Entwicklungskonzept“ (IEK) auf Basis ihres Zukunftskonzepts von April 2010 erarbeitet. Das im September fertig gestellte IEK sollte die Roadmap für die Sanierung darstellen und die Möglichkeit für die Ausweisung eines Sanierungsgebietes eröffnen, um die von der Stadt veranschlagten 19 Mio. Euro Sanierungskosten zu einem Teil aus Fördermitteln decken zu können. Die Höhe dieser Fördermittel ist allerdings nach wie vor unklar. Im Zuge der Einrichtung des Sanierungsgebietes soll ein Sanierungsträger eingesetzt werden, der gleichzeitig als Treuhandverwalter des städtischen Vermögens fungiert. Die Stadt Hamburg hat festgelegt, dass die Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft (steg) der einzige Sanierungsträger ist, der städtisches Vermögen treuhänderisch verwalten darf. Dieses Alleinstellungsmerkmal wurde weder begründet noch jemals zur Debatte gestellt. Die Rolle der steg als Sanierungsträger, Treuhandverwalter, Planer, Architekt und Verwalter wird zwangsweise zu Konflikten führen, die durch eine ausgewogene Verteilung auf alle Beteiligten zu verhindern wären.

In Ergänzung zu den technischen Lösungen des Entwicklungskonzepts legte das Gängeviertel dem alten Senat, als Voraussetzung für die Zustimmung zum IEK, eine Rahmenvereinbarung vor, die unge-

klärte Fragen hinsichtlich der Selbstverwaltung und der Beteiligung im Verfahren sowie die Übernahme des sanierten Quartiers durch die inzwischen gegründete Gängeviertel Genossenschaft regeln sollte. Diese Vereinbarung bildet die notwendige Grundlage für ein Fortbestehen unseres Kollektivs, unseres Kulturprogramms und des gewachsenen, lebendigen Ortes, der das Gängeviertel inzwischen ist.

Ein Gegenvorschlag der BSU in Form eines Kooperationsvertrags, wurde in den letzten Verhandlungen von uns überarbeitet und nun liegt ein Entwurf vor, der allen Seiten gerecht wird, doch Jutta Blankau, die neue Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, lehnte die Unterzeichnung rundweg ab. Das IEK soll nun durchgesetzt werden wie es ist. Inzwischen fast zwei Jahre Kulturprogramm, mit unzähligen Ausstellungen, Konzerten, Lesungen, Diskussionen und das lebendige Miteinander mitten in der Einöde aus leerstehenden Bürogebäuden der Innenstadt werden wieder einmal von der altbekannten Mentalität es neuen Senats bedroht. Unser Wert ist weiterhin nur der Mehrwert und die politische und kulturelle Aktivität der ehrenamtlich arbeitenden Initiative mit ihren vielen Facetten, diese scheint allerdings für die politisch Verantwortlichen nicht zu existieren. Die aus der Opposition heraus, propagierten Rufe nach Stadtplanung von unten, sind längst verstummt und die durch Olaf Scholz in Aussicht gestellte „moderne Stadt“ scheint sich tatsächlich an dem vergange-

nen Jahrhundert zu orientieren. „*Labore, in denen ausprobiert werden kann, was sich anderswo noch niemand traut*“ könnte es schon lange geben, nicht nur im Gängeviertel.

Wir gehen nun in die entscheidende Verhandlungsrunde und werden noch einmal alle Argumente für eine Trennung von Planung und Finanzierung der Sanierung, für die Selbstverwaltung des Gängeviertels und für ein rechtlich tragfähiges Konstrukt zur Übernahme der Verwaltung durch unsere Genossenschaft der Stadt sowie der Öffentlichkeit darlegen und eine dementsprechende Änderung der Kooperationsvereinbarung erwirken.

Wenn Frau Blankau nun in der *BILD* verkündet die Stadt hätte weitreichende Zugeständnisse gemacht und warte nur auf die Gegenzeichnung ihres Kooperationsvertrags, dann fragen wir uns doch ernsthaft ob der Senat wirklich ein Interesse an einem fairen Umgang mit Künstlern, Kreativen, gewachsenen Strukturen und den Problemen der aktuellen Stadtentwicklung hat, oder das Gängeviertel und das aktuelle Aufbegehren in der Stadt nur als weiteren potentiellen Standortfaktor für die Marke Hamburg betrachtet. Denn dann bleibt uns nur wieder einmal zu sagen: „Not in our Name“!

Wir feiern zwei Jahre selbstbestimmtes Gängeviertel. Kommt vorbei!

26. - 28. August 2011 in den Gängen. sf

Zweiter Prozess

Juliusstraßen-Besetzung

Normalzustand nicht nur in Hamburg: Steigende Mieten, zunehmender Mangel an günstigen Wohnungen, Luxussanierungen und Neubau von immer mehr Eigentumswohnungskomplexen – auf der anderen Seite Leerstand von über 1 Million qm Büroraum, erstaunlicherweise jedoch auch von mehr und mehr Wohnungen. Vermieter Landschulze zum Beispiel lässt allein im Schanzenviertel in einigen Häusern Wohnungen leer stehen.



Ihm gehört auch das seit über vier Jahren fast völlig leer stehende Haus Juliusstraße 40. Hier ist seit langem nur noch eine Wohnung vermietet – da die Mieterin sich beharrlich weigert, auszuziehen. Auch nach Abschluss der Sanierung im Jahr 2008 änderte sich am Leerstand des Gebäudes nichts – lediglich der Imbiss im Erdgeschoss ist seitdem wieder eingezogen. Im Schnecken-

tempo werden wohl einzelne Fliesen verlegt und sonstige Arbeiten hinausgezögert, um gegenüber dem Bezirksamt den Rücken frei zu haben. Möglicherweise wurde hier auf eine Wertsteigerung nach einer Räumung der Roten Flora spekuliert? Der Widerstand gegen diese Zustände breitet sich aus: SAGA-Mieter_innen wehren sich gegen Mieterhöhungen, Fette-Mieten-Partys

machen Besichtigungen von übersteuerten Wohnungen zu unvergesslichen Events. Aber auch der Klassiker Hausbesetzung ist wieder im Kommen, wie z.B. in der Marktstraße, im Erotic Art Museum oder zuletzt im ehemaligen Finanzamt in Altona. Im Vorfeld der Demo gegen Leerstand und Mietenwahnsinn im Oktober 2010 wurde das Gebäude an der Juliusstraße besetzt. Die Besetzer_innen erklärten in einem Flugblatt: „Wir nehmen uns die Stadt – Wir nehmen uns Häuser! Privatisierung und Ökonomisierung städtischer Räume, Gentrifizierung und Vertreibung nicht verwertbarer Menschen sind Teil derselben Standortpolitik. Genau deshalb haben wir entschieden, nicht einen vergammelten Altbau, sondern zukünftige Eigentumswohnungen zu besetzen. Nehmt, was euch gefällt! Luxus für alle!“

Das Haus wurde nach einigen Stunden mit massiver Polizeigewalt geräumt. Es kam zu Schlagstock- und Pfefferspray-Einsatz vor der Tür, massiven Sachbeschädigungen durch die Staatsmacht bei dem Versuch, die Tür aufzubrechen und zur Festnahme aller im Haus angetroffenen Personen.

Seit einiger Zeit läuft ein zivilrechtliches Verfahren, in dem die Besetzer_innen die von der Polizei zerstörte Haustür bezahlen sollen. Parallel dazu ist inzwischen der erste (Straf-)Prozessstag gegen eine mutmaßliche Besetzerin terminiert – hier liegt bereits ein Strafbefehl über 750 Euro vor.

Wir nutzen den Beginn der Prozesse, um die unhaltbaren Zustände auf dem so genannten Wohnungsmarkt in Hamburg, die Unverschämtheit von Vermietern und Spekulanten und die leeren Versprechen des wie auch immer besetzten Senats erneut öffentlich zu machen und zu skandalisieren. Gentrifizierung und Repression gehören zusammen wie Ole und Scholz und sind zwei unverzichtbare Bestandteile kapitalistischer Stadtentwicklung. *Julius*

Keimzelle

Kooperationsprojekt im öffentlichen Raum, performative Skulptur und Eingriff in die städtischen Angelegenheiten

Die „Keimzelle“ befindet sich seit Mai 2011 im Hamburger Karolinenviertel. und ist ein sozialer Garten. Es werden in Mischkultur Gemüse, Kräuter und Blumen in Säcken, Paletten-Hochbeeten und Bäckerkisten angebaut. Als „Keimzelle“ hat der Garten das Ziel zu wachsen und zwar auf das benachbarte und brachliegende Gelände der „Alten Rindermarkthalle“.

Die Entwicklung dieses Areal soll von Anwohner_innen in einer kooperativen Maßnahme der Stadtgestaltung ge-

plant werden, so die Forderung, und aus dieser Forderung ist auch die Keimzelle als eine Plattform öffentlicher Positionierung entstanden. Denn die „Keimzelle“ verwirklicht nicht einfach nur den häufig genannten Wunsch nach mehr Grün. Der gemeinschaftliche Garten im urbanen Raum kann als Bühne verstanden werden, auf der Menschen auftreten und als Bürger sichtbar werden. Sie nehmen sich bei den Tätigkeiten des öffentlichen Gärtnerns wahr und gestalten die Stadt räumlich wie sozial. Gärtnern

ist eine globale Kulturtechnik, die Verständigung unter Menschen unterschiedlichster kultureller Hintergründen ermöglicht und zwar im Tätigsein. Beim städtischen Gärtnern privatisieren Nachbarn den Raum nicht als Parzelle, sondern nutzen ihn als Allmende.

Der Anbau von Nutzpflanzen in der Stadt kann darüber hinaus als Ausdruck des Bedürfnisses verstanden werden, das Lebensumfeld und einen Teil der Nahrungsmittelerzeugung in die eigene Hand zu nehmen.



dieKeimzelle

*do. ab 17 Uhr: Gärtnern und Organisieren
so. ab 16 Uhr: Gärtnern pur*

*diekeimzelle.de
garten@diekeimzelle.de*

Spiegelspirale

Dieser Mietenspiegel ist ein Mietentreiber

Es ist in Hamburg gesetzlich vorgeschrieben, einen „qualifizierten Mietenspiegel“ alle 4 Jahre neu zu erstellen und alle 2 Jahre „der Marktentwicklung anzupassen“. Ende 2011 erscheint er wieder neu und verleiht Wohnungseigentümer_innen die juristische Begründung, die Mieten wieder zu erhöhen – eine Spirale immer weiter nach oben.

Auch die SAGA-GWG mischt da kräftig mit und ist sogar mietpreistreibend!

Mehr Licht in die vermeintlich „hoch wissenschaftliche“ und „sozial schützende“ Berechnungsgrundlage zu bringen ist dringend angesagt!

Wussten sie schon, wie sich der **Mietenspiegel** zusammensetzt?

Alle 4 Jahre wird eine Repräsentativ-Befragung bei ca. 10.000 Mieter_innen und Vermieter_innen durchgeführt.

Deren Angaben gehen ein in die Berechnung der Mietentwicklung.

Es werden aber nur die Mieten bemessen, die sich in den vergangenen 4 Jahren verändert haben – also die, die in dieser Zeit erhöht wurden – ebenso wie Neuvermietungen. Mietsenkungen werden berücksichtigt, wirken sich jedoch wegen der absoluten Seltenheit nicht aus.

Aber: Bestandsmieten, die sich in den letzten 4 Jahren nicht verändert haben – und

das sind nicht wenige – gehen **nicht** in die Berechnung mit ein! Nur Mieten von nicht gefördertem Wohnraum werden herangezogen (keine Sozialwohnungen).

Zusätzlichen Einfluss auf den Mietenspiegel haben: Verdichtung, Grünflächenanteil, ÖPNV-Anbindung, Lärmbelastung, Verkehrsbelastung – und:

Gebietsstatus: Der überwiegende Faktor, der im so genannten Gebietsstatus steckt, sind die Grundstückspreise. Diese richten sich nach Angebot und Nachfrage des Grund und Bodens. Hier spielen dann auch neue teure Eigentumswohnungen oder Konzernansiedlungen (wie z.B. *IKEA* in Altona) eine große Rolle.

Absurd: Zusätzlich erhöht wird ein Gebietsstatus dadurch, dass in einem Viertel viele Menschen mit „guter“ Bildung wohnen – senkend

wirken sich dagegen viele Kinder in der Umgebung aus!

Wohnlage: Entscheidend für die Einstufung der Wohnlage („gut“ oder „normal“) ist der sogenannte Bodenrichtwert.

Wenn zum Beispiel ein Viertel „in“ wird und die Nachfrage wächst – und dadurch die Mieten und Eigentumswohnungspreise – lässt das den Bodenrichtwert steigen, dass heißt der Wert der Grundstücke wird höher.

Wenn der Bodenrichtwert ein bestimmtes Maß überschreitet, wird aus der „normalen automatisch eine „gute“ Wohnlage mit entsprechenden Mietpreissteigerungen! Für eine 50 Quadratmeter Wohnung zahlt man dann plötzlich 50 bis 110 Euro mehr im Monat für: Nichts!

AG Mieten
im Netzwerk Recht auf Stadt
agmieten.wordpress.com

Leerstandsmelder

Internetplattform für freie Räume

Erstes Netzwerktreffen am 25. August 2011, 19.30 Uhr im Gängeviertel

In Hamburg suchen viele Menschen bezahlbare Wohnungen und Arbeitsräume. Gleichzeitig stehen unzählige Flächen leer. Auch andere Städte sind voll mit Leerständen.

Auf leerstandsmelder.de können Leerstände unkompliziert eingetragen werden. Dabei entsteht nach und nach ein kollektiver und frei zugänglicher Daten- und Raumpool.

Seit dem Start vor einem halben Jahr sind über 440 Leerstände eingetragen und fast 500 Nutzer registriert – schon jetzt ein großer Erfolg.

Voraussichtlich schon Anfang Oktober startet leerstandsmelder.de in Frankfurt am Main. Anfragen von Initiativen aus Berlin, München, Bremen und weiteren Städten liegen vor.

Der Leerstandsmelder ist eine Stadtentwicklungsinitiative des Gängeviertels und wird, über den Gängeviertel e.V. mit Hilfe von Spenden finanziert.

Die Nutzer_innen der Plattform und alle Interessierten sind herzlich zum ersten Netzwerktreffen eingeladen, sich kennen zu lernen und auszutauschen.

Wir werden eine Reihe von technischen Erweiterungen vorgestellt. Im „Rahmenprogramm“ gibt es, neben guter Musik und kleinen Snacks, die Wahl des Hamburger „Super-Leerstandes“ und eine neue Sticker-Aktion zum Mitmachen.

Der gesamte Erlös des Netzwerktreffens kommt der Finanzierung der technischen Erweiterungen zugute.

Wir freuen uns auf euch!

leerstandsmelder.de

Schlaglichter

In aller Kürze

Krisenprävention – 15.000 € zahlte die Umweltbehörde für ein PR-Konzept der Agentur fischerAppelt, um die kritische Auseinandersetzung zum Deckel über die Autobahn 7 zu manipulieren. 2010 hat die Behörde 120.000 Euro für die Öffentlichkeitsarbeit zum Deckel ausgegeben, 2011 sind 60.000 veranschlagt.

tinyurl.com/3dskhb9

Maulkorb – Beim Prozess gegen die Hausbesetzer_innen in der Juliusstr. hat der Staatsanwalt das „Angebot“ unterbreitet, das Verfahren einzustellen. Unter der Bedingung, dass komplett auf Pressearbeit verzichtet wird. Gänzlich sollte auf Anwesenheit von Unterstützer_innen verzichtet werden. tinyurl.com/3n9ewcg

4250 Einwendungen – gibt es gegen den Bauvorantrag für die Moorburgrasse. Mindestens 500 Bäume auf 12 km sollen gefällt werden, 200 in

Altona. Erhebliche Behinderungen (Verkehr, Zugang zu Wohnungen) und Lärm wären zu erwarten. Bei der Endoklinik ist ein 45 Meter tiefer und 15 Meter breiter Schacht geplant, ohne Rücksicht auf die Sicherheit. Die Trasse würde den Weg zu einer lokalen und regenerativen Energieversorgung um 50 Jahre verlängern. moorburgrasse-stoppen.de

Oz im Knast – Der Hamburger Graffiti-Sprayer ist zu 14 Monaten verurteilt worden. Die Verteidigung kündigte an, in Revision zu gehen.

tinyurl.com/4xa7826
tinyurl.com/3w3zejk
tinyurl.com/3eags3r

Wer Visionen hat – Markus Schreiber breitet seine Visionen von einem „Kiezbummel 2021“ im Abendblatt aus. In seiner „heilen Welt“ erfährt Schreiber keine Wirklichkeit mehr. Alles sauber und konfliktfrei. tinyurl.com/3b56ctb